



KURT MÖLLER, JOHANNA KOHLER
& KAI NOLDE

**„URSACHENBEZOGENE
STRATEGIEN, UM
RECHTSEXTREME
UND PAUSCHAL-
ABLEHNENDE
HALTUNGEN
ABZUBAUEN, MÜSSEN
NACHHALTIG SEIN.“**

Demokratieförderung strategisch qualifizieren

Zur Gestaltung von Fort- und Weiterbildungsangeboten in ländlich strukturierten Räumen

Demokratiedefizite, autoritär-populistische Positionen, pauschale Ablehnungen etwa von Migrant*innen oder nicht-heteronormativen Lebensformen und extrem rechte Phänomene sind in Deutschland weit verbreitet (vgl. z. B. Zick et al. 2016, Decker/Brähler 2018, Pfeiffer/Baier/Kliem 2018). Dies gilt verstärkt für ländlich strukturierte Räume. Gerade dort gilt es, Ansätze auf unterschiedlichen Ebenen zu entwickeln, um Demokratiegefährdungen adäquat zu begegnen. Der folgende Beitrag bereitet dazu Erfahrungen auf, die aktuell im Rahmen des Projekts „Land in Sicht!“ (LiS)¹ mit sozialraumbezogenen Fort- und Weiterbildungen zu unterschiedlichen Themen der Demokratiebildung in ländlichen Regionen verschiedener Bundesländer gemacht werden. Im Folgenden werden zentrale prozessbezogene Aspekte von Anbieterstrategien für Bildungsangebote in ländlichen Sozialräumen aufgezeigt. Zugleich werden damit Hinweise geliefert, die auch für eher urbane Bildungskontexte sowie für Projekte der Demokratieförderung insgesamt relevant sind.²

Ausgangspunkte und Ansätze

Spezifische Ausgangslagen für demokratische Bildung in ländlichen Räumen

In Bezug auf die spezifische Situation ländlicher Räume lassen sich in der Bilanzierung vorhandener Studien- und Praxiserkenntnisse folgende Ausgangspunkte festhalten (vgl. z. B. Heitmeyer 2002-2012, Buchstein/Heinrich 2010, Amadeu Antonio Stiftung 2013, BDL 2017):

¹ Das Projekt wird gefördert vom Bundesprogramm „Demokratie leben!“, der Bundeszentrale für politische Bildung und der Robert Bosch Stiftung.

² Weitergehende Projekterfahrungen mit aussichtsreichen inhaltlichen und methodischen Konzepten und praktischen Umsetzungen sowie mit der Auswertung von Resultaten werden im Abschlussbericht von „Land in Sicht!“ behandelt, der Ende 2019 erstellt wird.

- die besondere Belastung ländlicher und strukturschwacher Räume mit Phänomenen von Rechtsextremismus und sog. „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ (GMF)
- spezifische Formen intergenerationeller Weitergabe entsprechender Haltungen bspw. über das jeweilige lokale Vereinswesen, kollektiv gelebte, nicht selten gewaltakzeptierende Männlichkeitsrituale, ressentimentgeladene (halb-)öffentliche Diskurse u. a. m.
- die häufige ‚Einzelkämpferrolle‘ von sozialen Fachkräften, die durch kaum vorhandene oder sehr weitmaschige Sozial- und Jugendarbeitsstrukturen bedingt ist
- relativ gering entwickelte Vernetzungsstrukturen zivilgesellschaftlicher Akteur*innen im Engagement gegen Rechtsextremismus und GMF bzw. Pauschalisierende Ablehnungskonstruktionen (PAKOs)³
- kaum Partnerschaftsstrukturen zur demokratischen Weiterentwicklung des Gemeinwesens zwischen Politik, Zivilgesellschaft, sozialen und pädagogischen Einrichtungen sowie weiteren Akteur*innen
- enorme Qualifizierungsbedarfe in den genannten Akteursbereichen, vor allem in Bezug auf die Entwicklung und Sicherung von alltagsdemokratischen Erfahrungen, insbesondere für die nachwachsende Generation
- unzureichende Entwicklung von und Versorgung mit wissenschaftlich fundierten, praxisorientierten und auf die jeweils konkrete Problemlage im Sozialraum bezogenen Qualifizierungsangeboten

Ansätze für problem- und bedarfsgerechte Bildungsangebote im Projekt „Land in Sicht!“

Ursachenbezogene Strategien, um rechtsextreme und pauschalablehnende Haltungen abzubauen, müssen nachhaltig sein. Dies gelingt nicht allein, wenn zentrale Akteur*innen innerhalb eines Sozialraums thematisch sensibilisiert werden. Ihnen müssen auch Kompetenzen vermittelt werden, dafür Sorge zu tragen, dass (junge) Menschen möglichst wenig strukturellen Begünstigungsfaktoren sowie Ungleichwertigkeitsvorstellungen ausgesetzt werden und stattdessen Demokratie in ihrem Alltag als Gewinn für ihre Lebensgestaltung erleben können.

Dafür müssen Institutionen und Akteur*innen zu einem wissenschaftlich fundierten, abgestimmten und vernetzten sozialgestalterischen Handeln befähigt werden, das in diesem Sinne Demokratieförderung betreibt. Vor dem Hintergrund dieser Grundüberzeugung werden im Rahmen des an der Hochschule Esslingen angesiedelten Projekts „Land in Sicht!“ (LiS) zusammen mit derzeit

³ Unter Pauschalisierenden Ablehnungskonstruktionen (PAKOs) sind Konstruktionsprozesse von Ablehnungshaltungen gegenüber Gruppierungen, Weltanschauungen, Religionen und Lebenspraxen aufgrund undifferenziert verallgemeinernder, inhaltlich nicht haltbarer und empirisch nicht belegbarer Zuschreibungen zu verstehen. Das PAKO-Konzept basiert auf einem qualitativen Ansatz, der es erlaubt, den Aufbau pauschal ablehnender Haltungen und Distanzierungen davon im biografischen Verlauf zu erfassen. Er ermöglicht zudem eine Differenzierung dahingehend, wie stark eine Ablehnungshaltung jeweils ausgeprägt ist und als wie festgefügt bzw. beweglich sie sich erweist. Dadurch stellt der Ansatz einen gerade für die Arbeit mit jungen Menschen angemessenen Betrachtungsrahmen bereit. Er legt praxisbezogene Schlussfolgerungen für (die Initiierung von) Distanzierungsprozessen nahe. Hieran schließt eine als KISSeS-Strategie bezeichnete Vorgehensweise an, die die Lebensgestaltungserfahrungen von Adressat*innen sowie deren Verarbeitung und Eröffnung neuer Erfahrungsräume in den Mittelpunkt rückt (Vgl. Möller et al. 2016, Dietrich 2018, Möller 2018, Nolde 2017).

sechs Bildungsträgern (in Baden-Württemberg, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Sachsen-Anhalt) innovative Fort- und Weiterbildungsangebote für professionelle und zivilgesellschaftliche Akteur*innen entwickelt. Das Vorhaben wird umgesetzt, indem das Projekt

- Fort- und Weiterbildungsangebote für alle thematisch involvierten Akteur*innen schafft
- diese Angebote mithilfe von Vorfeld-Recherchen auf die Gegebenheiten des jeweiligen Sozialraums zuschneidet
- dabei in partizipativer Weise (potenzielle) Teilnehmende einbezieht und lokale bzw. regionale Problem- und Bedarfslagen aufgreift
- in Abstimmung mit den Akteur*innen jeweilige Schwerpunkte im Themenfeld Rechtsextremismus, GMF bzw. PAKOs und Demokratieentwicklung setzt
- nicht nur Angebote für einzelne Akteursgruppen macht, sondern auch übergreifende Fort- und Weiterbildungen entwickelt, die Raum für Austausch und Voneinanderlernen sowie für die Bildung von Vernetzung(-sideen) bieten
- vor allem auch alltagsnahe Situationen bzw. Konfliktlagen (z. B. Geflüchtetenunterbringung, ‚rechte Parolen‘ im Jugendclub) und den praktischen Umgang damit in den Mittelpunkt rückt
- zur Bearbeitung ablehnender Haltungen nicht allein auf Wissensvermittlung und ‚das bessere Argument‘ setzt, sondern auch deren affektive Grundierungen berücksichtigt
- diese Bearbeitungen gender-, alters-, milieu- und migrationssensibel sowie inklusiv auslegt
- Ansätze politischer Bildung und sozialarbeiterischen Handelns miteinander verzahnt
- für die Konzipierung und Durchführung entsprechender Angebote Praxis-Wissenschaft-Kooperationen nutzt und dabei beide Handlungslogiken durch Dialog und Respekt konstruktiv zusammenbringt
- die Angebote formativ evaluiert und so in ihrer Entwicklung durch Zusammenarbeit von Forschung und Praxis bis zur Modellreife vorantreibt

So kann es gelingen, jenes Manko zu vermeiden, das sowohl wissenschaftlich gut belegt ist als auch einer Reihe von Praxiserfahrungen entspricht: Das in Bildungsmaßnahmen erworbene Wissen bleibt häufig zu allgemein gegenüber den konkreten Problem- und Bedarfslagen der Teilnehmenden vor Ort. In der Folge gelangt es entweder gar nicht oder nur selten zur Anwendung und das konkrete Handeln der Qualifizierten bleibt durch bisheriges Alltagswissen und einen weitgehend unbearbeiteten beruflichen Habitus geprägt.

Zentrale Aspekte von Anbieterstrategien

Wenn Adressat*innen gerade in ländlichen Räumen nicht nur thematisch informiert, sondern anwendungsbezogen qualifiziert werden sollen, erfordert das, an konkreten lokalen Gegebenheiten anzusetzen und Handlungskonzepte zu vermitteln, die zu einem eigenständigen demokratisch orientierten Wirken vor Ort befähigen. Dazu brauchen Bildungsträger Strategien, die weit im Vorfeld

der eigentlichen Angebote ansetzen und bereits hier die Grundsteine für tragfähige Umsetzungen legen: die Entwicklung von Einschätzungen zu Ausgangsbedingungen und von Zugängen zu den fokussierten Sozialräumen sowie darauf aufbauende Planungsprozesse.⁴

Strategische Bezugnahmen auf Ausgangsbedingungen

Beim Umgang mit den Ausgangsbedingungen sind drei Aspekte von besonderer strategischer Bedeutung: die ersten Schritte der Angebotsanbahnung, die konkrete Gewinnung von Teilnehmenden und parallel dazu auf inhaltlicher Ebene: Sozialraumanalyse und Bedarfserhebung.

Schritte der Angebotsanbahnung

Für ein strategisches Anbieterhandeln bedarf es Klarheit darüber, warum welcher Sozialraum wie fokussiert wird. Diesbezüglich haben sich vier Vorgehensweisen als tragfähig erwiesen:

- Die Auswahl eines Sozialraums erfolgt nach inhaltlichen Kriterien: Ein Träger verfügt ohne eigene Präsenz vor Ort über ausreichend klare Hinweise zu vorhandenen Problem- und Konfliktlagen und möchte genau hier mit einer Qualifizierungs-offerte ansetzen.
- Die Nutzung von Kontakten strukturiert die Bezugnahme: Der Anbieter deckt thematische Bedarfslagen auf, indem er selbst in Sozialräumen und Netzwerken präsent ist und dabei Augen und Ohren offenhält. Er kann aber auch gezielt Akteur*innen und Organisationen ansprechen, die über entsprechende regionale/lokale Einblicke verfügen.
- Offenheit wird kommuniziert, externe Impulse werden aufgegriffen: Ein Anbieter macht sein Vorhaben bspw. auf Fachveranstaltungen oder Online-Plattformen bekannt und verkündet offensiv die Bereitschaft, auf konkrete Bedarfe mit darauf zugeschnittenen Bildungsangeboten einzugehen.
- Konkretisierende Sozialraumbezüge werden erst in zweiter Instanz hergestellt: Ein Anbieter hat ein bestimmtes Qualifizierungsvorhaben bereits vor Augen und prüft dann die regionalen bzw. lokalen Möglichkeiten seiner Umsetzung. Voraussetzung hierfür sind profunde Kenntnisse der Sozialräume im eigenen Wirkungsbereich sowie eine Basiskonzeption, die auf sozialräumliche und bedarfsorientierte Konkretisierung ausgelegt ist.

Damit einhergehend bedarf es einer Erschließung der Sozialräume im Sinne einer Entwicklung von Zugängen zur Akteurslandschaft. An diesem Punkt sind – ggf. erst herzustellende – verbindliche Kontakte unerlässlich. Wer die relevanten Schlüsselpersonen und Schlüsselorganisationen sind, hängt davon ab, wie der Sozialraum beschaffen ist, welche übergeordneten Ziele ein Anbieter verfolgt und was für

Zentral sind Kooperationsbeziehungen, die ein gemeinsames Interesse herstellen, einen Rahmen für die lokale Umsetzung eines Angebots schaffen und innerhalb der Akteurslandschaft Akzeptanz erzeugen.

⁴ Im Projektzusammenhang von LiS wird „Strategie“ definiert als das resultatorientierte Zusammenspiel von organisatorischen und konzeptionellen Planungen und darauf bezogenen Aktivitäten unter Berücksichtigung spezifischer Ausgangsbedingungen und verlaufsbezogener Rahmenbedingungen. Wie eingangs bereits begründet, wird sich hier auf den Vorfeld-Ausschnitt Ausgangsbedingungen/Planungen konzentriert.

eine Angebotsausrichtung angestrebt wird. Zentral sind Kooperationsbeziehungen, die ein gemeinsames Interesse herstellen, einen Rahmen für die lokale Umsetzung eines Angebots schaffen und innerhalb der Akteurslandschaft Akzeptanz erzeugen. Darüber hinaus ist es u.U. angebracht, einem Bildungsangebot zunächst eine oder mehrere regionale/lokale Auftaktveranstaltungen geringeren Umfangs vorzuschalten. Dies kann dazu dienen,

- weitere Multiplikator*innen zu erreichen,
- bei einer hohen thematischen Angebotsdichte zunächst den Innovationsgehalt des eigenen Ansatzes zu verdeutlichen,
- Skepsis abzufedern gegenüber einem von außen an den Sozialraum herangetragenem Anliegen der Demokratieförderung,
- mit unterschiedlichen Kreisen in Kontakt zu treten, die dann später in einem gemeinsamen (Bildungs-)Prozess zusammengebracht werden.

Gewinnung von Teilnehmenden

Die Erschließung eines Sozialraums geht bereits fließend in die Gewinnung von Teilnehmenden über. Dabei muss die Anbieterstrategie auf die spezifischen Herausforderungen ländlicher Räume abgestimmt sein:

- Oftmals ist zunächst ein Abgleich erforderlich, welche Adressat*innen in einem bestimmten Sozialraum überhaupt in ausreichender Anzahl erreichbar sind.
- Fachkräfte der Sozialen Arbeit und Lehrer*innen verfügen häufig nur über knappe zeitliche und personelle Ressourcen. Hier ist zu prüfen, was für ein Angebotssetting ihnen eine Teilnahme ermöglicht und ob ggf. Freistellungen von der Arbeit erwirkt werden können.
- Insbesondere für zivilgesellschaftliche Akteur*innen können manche Bildungsformate (z. B. Open Space, Workshops) ungewohnt sein. Entsprechend niedrigschwellig und sensibel hat die Ansprache zu erfolgen. Auch weitere vertrauensbildende Maßnahmen, etwa partizipativ angelegte Treffen weit im Vorfeld, können hilfreich sein, um sie passgenau bei ihren Problem- und Bedarfslagen ‚abzuholen‘.
- In ländlichen Räumen wiederkehrend anzutreffende soziale Charakteristika wie Traditionalismus, relativ statische Rollenverteilungen, Konformitätszwänge und engmaschige soziale Kontrolle sind zu berücksichtigen. Sie können dazu führen, dass Adressat*innen skeptisch abblocken oder auf Distanz bleiben, weil sie befürchten (müssen), sich durch ein unübliches oder als unangemessen betrachtetes demokratisches Engagement angreifbar zu machen. Hemmschwellen können hier evtl. gesenkt werden, indem wirkungskräftige Akteur*innen (z. B. Bürgermeister*innen, zivilgesellschaftliche Initiativen) für lokalen Rückhalt sorgen oder das Angebotssetting einen (relativ) geschützten Raum bietet.

Angesichts dieser Herausforderungen kann sich eine Strategie kaum darauf beschränken, ein Angebot öffentlich zu bewerben. Dies mag zwar flankierend sinnvoll sein, oftmals unerlässlich sind aber auch hier Kooperationen sowie (Vorfeld-)Verabredungen. So lassen sich etwa durch die Zusammenarbeit

mit Verwaltung und Behördenspitzen Erreichbarkeiten und Teilnahmebedingungen strukturell verbessern. Ihre Befürwortung kann der Einladung bzw. Aufforderung zur (freiwilligen!) Teilnahme an Gewicht verleihen. Auch sind sie bspw. zentral für eine Freistellung von Lehrer*innen. Außerdem sollten bereits vor Angebotsansetzung soweit wie möglich verbindliche Qualifizierungsabsichten mit einem Kern von Adressat*innen verabredet und festgehalten werden, dass sie über ihre Kontakte weitere Teilnehmende werben.

Eine Strategie kann sich kaum darauf beschränken, ein Angebot öffentlich zu bewerben. Dies mag zwar flankierend sinnvoll sein, oftmals unerlässlich sind aber auch hier Kooperationen sowie (Vorfeld-)Verabredungen.

Sozialraumanalyse und Bedarfsermittlung

Eine Sozialraumanalyse zielt auf einen möglichst detaillierten Überblick und dient zur Herausarbeitung der regional bzw. lokal prägenden PAKO-Phänomene und anderer Demokratiegefährdungen. Daran anknüpfend klärt die Bedarfsermittlung, welche konkreten Problembeschreibungen bei (möglichen) Adressat*innen vorliegen, in welche einschlägigen Konflikte sie involviert sind und was sie konkret an Unterstützung bzw. Qualifizierung brauchen.

Dafür bieten sich mehrere Verfahrensschritte an, die aufeinander aufbauen:

- *Einschätzungen der Anbietenden:* Diese leiten sich aus eigenen Erfahrungen und Kenntnissen der sozialräumlichen Situation ab, ergänzt um die Auswertung wissenschaftlicher Studien und anderer Quellen mit Regionalbezug. Allerdings sind solche Einschätzungen meist noch zu unkonkret für die Entwicklung passgenauer Angebote.
- *(Rück-)Meldungen aus den Sozialräumen:* Mehr unmittelbare Erkenntnisse verspricht die Kontaktaufnahme mit Schlüsselpersonen. Das bedeutet, bei Akteur*innen vor Ort oder bei solchen nachzufragen, die (mehr) regionale Expertise besitzen und hier (besser) vernetzt sind. Auch bereits vorliegende Bedarfsmeldungen können so aufgegriffen werden.
- *Konkrete Vorfeldabfragen:* Sobald sich ein Kreis von Teilnehmenden herauskristallisiert hat, lassen sich konkrete Probleme und Bedarfe schriftlich oder mündlichen einholen. Diese Abfragen sind ein wichtiger Bezugspunkt für die weiteren Planungen.
- *Angebotsbegleitende Erhebungen:* Dieser letzte, stets zu empfehlende Verfahrensschritt erfolgt sinnvoller Weise zum Angebotsauftritt und wird ggf. prozessbegleitend vertieft. Möglich sind z. B. eine (partielle) Sozialraumanalyse oder die gemeinsame Betrachtung von Situationen, in denen die Teilnehmenden zum Handeln herausgefordert waren und an ihre Grenzen gestoßen sind.

Von der Entwicklung erster Einschätzungen bis hin zur partizipativen Analyse des Sozialraums vollzieht sich ein fortschreitender Prozess der Konkretisierung von Ausgangsbedingungen. Entlang dessen müssen sich Anbieterstrategien kontinuierlich selbst überprüfen, weiterentwickeln und ggf. neu ausrichten.

Strategische Planungsprozesse

Auch die Angebotsplanung erfordert eine dynamische und flexible Vorgehensweise, die neue Erkenntnisse reflektiert und auf Veränderungen der Rahmenbedingungen und bei den Teilnehmenden eingeht. Dabei ist zwischen einer organisatorischen und einer konzeptionellen Planungsebene zu unterscheiden.

Organisatorische Planungen

Auf organisatorischer Ebene sind vor allem die Klärung von Angebotsrahmen und -setting relevant. Mit Blick auf die Bedarfe und Ressourcen der (potenziell) Teilnehmenden ist zunächst zu klären, welche Angebotsformate sich konkret anbieten: Soll es sich um eine Fort- oder umfangreichere Weiterbildung oder (zunächst) um ein reduziertes Format (bspw. eine Auftaktveranstaltung) handeln? Darauf folgt die Festlegung der Angebotsintervalle (kompakt, in Etappen oder an einzelnen Tagen) und die Auswahl der Durchführungsorte. Das jeweilige Setting hat Einfluss darauf, inwieweit sich Ablenkungen aus dem (Arbeits-)Alltag fernhalten lassen oder ein informeller Rahmen als erweiterter Lernraum entsteht. Erwägenswert ist, den betreffenden Sozialraum gänzlich zu verlassen, die Teilnehmenden so aus ihren Alltagsbezügen zu lösen und als Gruppe zusammenzuführen.

Auf organisatorischer Ebene sind vor allem die Klärung von Angebotsrahmen und -setting relevant.

Konzeptionelle Planungen

Auf der Ebene konzeptioneller Planungen sind neben der Entwicklung einer im Verhältnis zu den Ausgangsbedingungen und in sich stimmigen Angebotskonzeption zwei strategische Entwicklungslinien von besonderer Bedeutung: eine konzeptionelle Entwicklungsoffenheit insbesondere im Kontext von Partizipation und eine enge Abstimmung mit den Angebotsdurchführenden.

Entwicklungsoffenheit bedeutet, dass eine Angebotskonzeption analog zur Erschließung der Ausgangsbedingungen beständig aktualisiert, angepasst und weiterentwickelt werden muss:

- Eine erste Angebotsskizze kann von den Einschätzungen des Anbieters ausgehen.
- Meldungen aus dem Sozialraum sowie zugetragene und abgefragte Bedarfe ermöglichen eine inhaltliche Präzisierung, eine Ausdifferenzierung von Zielen und die Festlegung adäquater Methoden sowie die Entwicklung von Ablaufplänen.
- Auch Problem- und Bedarfskonkretisierungen während der Umsetzung können starke Auswirkungen auf die relevanten Inhalte und Methoden haben. Zum Beispiel kann ein Thema, das im Vorfeld als lokal bedeutsam eingeschätzt wurde, im Alltag der Teilnehmenden kaum eine Rolle spielen oder die von ihnen geschilderten Konflikte machen ein Handwerkszeug erforderlich, dessen Vermittlung so nicht vorgesehen war. Die Herausforderung besteht darin, mit einer beteiligungszugewandten Haltung auf eingebrachte Impulse einzugehen und zugleich das eigene Gesamtvorhaben im Blick zu behalten und hier ggf. abzuwägen.

Bei der Abstimmung mit den Durchführenden geht es primär darum, die von ihnen mitgebrachten Konzepte mit dem eigenen Vorhaben als Anbieter abzugleichen und beides in ein Passungsverhältnis zu bringen. Dabei sind auch übergeordnete Aufträge (z. B. eine Trägerstrategie oder ein programmatisches Rahmenkonzept) zu berücksichtigen. Zudem ist abzuklären, ob die besonderen (strukturellen und sozialen) Bedingungen ländlicher Räume den Durchführenden präsent sind und einbezogen werden. Die Fortführung des Abstimmungsprozesses kann dabei auch während der Angebotsumsetzung empfehlenswert sein. Gerade bei umfangreicheren Angeboten sind gemeinsame Zwischenbilanzen generell sinnvoll.

Fazit und Ausblick

Eine tragfähige Anbieterstrategie gestaltet sich prozesshaft. Die zentrale Herausforderung besteht darin, die jeweiligen Ausgangsbedingungen sukzessive zu erschließen, das Gesamtvorhaben immer wieder neu darauf abzustimmen und die Planungen flexibel weiterzuentwickeln. Vollzogen wird ein Prozess fortwährender Konkretisierung. Das betrifft sowohl die Problem- und Bedarfslagen wie auch die Adressat*innen und ihre Ressourcen. Ebenso werden sich das Angebotssetting und die Konturen einer Angebotskonzeption mehr und mehr herauschälen, je weiter sich die einzelnen Belange klären und je enger sich Anbieter-, Durchführenden- und Teilnehmendenperspektive miteinander verzahnen.

Eine Anbieterstrategie wird insbesondere dann erfolversprechend sein, wenn sie eine entsprechende Flexibilität auch für die Umsetzung vorsieht. Problem- und Bedarfslagen sollten noch währenddessen weiter herausgearbeitet, aufgegriffen und anwendungsorientiert bearbeitet werden können. Deswegen, aber auch insgesamt, ist beständig zu prüfen, ob die vorgesehenen Inhalte, Methoden und Abläufe sich bewähren und ob die verfolgten Ziele tatsächlich angemessen sind oder es einer Umsteuerung bzw. Weiterentwicklung bedarf.

Abschließend bleibt festzuhalten: Anbieterstrategien folgen nicht der Logik von Modellbausätzen, die mit einer genauen Anzahl von Teilen in geschlossener Packung ausgeliefert und durch das minutiöse Befolgen einer Anleitung zu einem fertigen Qualitätsprodukt zusammengesetzt werden. Wenn Strategien auf eine problem- und bedarfsgerechte Qualifizierung unter herausfordernden sozialräumlichen Bedingungen abzielen und eine anwendungsorientierte Perspektive einnehmen, sind sie stets entlang der konkreten Gegebenheiten zu entwickeln. Bisherige Praxiserfahrungen und Evaluationserkenntnisse können also nicht einfach kopiert werden, sondern sie müssen auf ihre jeweilige Brauchbarkeit hin überprüft und im Sinne einer Transformation auf den gegebenen Kontext zugeschnitten werden.

Anbieterstrategien folgen nicht der Logik von Modellbausätzen, die mit einer genauen Anzahl von Teilen in geschlossener Packung ausgeliefert und durch das minutiöse Befolgen einer Anleitung zu einem fertigen Qualitätsprodukt zusammengesetzt werden.

Prof. Dr. Kurt Möller, Erziehungswissenschaftler, seit 1989 Professor für Soziale Arbeit an der Hochschule Esslingen. In zahlreichen Forschungsprojekten arbeitet(e) er zu den Themenfeldern (Rechts-)Extremismus, Pauschalisierende Ablehnungskonstruktionen (PAKOs) und Gewalt.

Johanna Kohler, Master in Soziale Arbeit. Sie arbeitet zurzeit an der Hochschule Esslingen als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Land in Sicht!“ und in der Evaluation des Projekts „DERAD“.

Kai Nolde, Abschluss (M.A.) in Soziologie, Politikwissenschaften und Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Er arbeitet zurzeit an der Hochschule Esslingen als wissenschaftlicher Mitarbeiter in den Projekten „Land in Sicht!“ und „Wendezeit“.

Literatur

- Amadeu Antonio Stiftung [Hrsg.] (2013): Region in Aktion. Wie im ländlichen Raum demokratische Kultur gestaltet werden kann. Amadeu Antonio Stiftung: Berlin.
- BDL - Bund der Deutschen Landjugend e.V. [Hrsg.] (2017): Schweigen heißt Zustimmung. Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen. BDL: Berlin.
- Buchstein, Hubertus/Heinrich, Gudrun [Hrsg.] (2010): Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum. Wochenschau: Schwalbach/Ts.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar [Hrsg.] (2018): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Psychosozial: Gießen.
- Dietrich, Kai (2018): Umgang mit Ablehnungshaltungen in der Jugendarbeit. In: Wissen schafft Demokratie, 3, Heft 3, S. 134-144. Online: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WsD3/Text_Dietrich.pdf [14.03.2019].
- Heitmeyer, Wilhelm [Hrsg.] (2002-2012): Deutsche Zustände, Folge 1–10. Suhrkamp: Frankfurt a. M./Berlin.
- Möller, Kurt/Grote, Janne/Nolde, Kai/Schuhmacher, Nils (2016): „Die kann ich nicht ab!“ Ablehnung, Diskriminierung und Gewalt bei Jugendlichen in der (Post-)Migrationsgesellschaft. Springer VS: Wiesbaden.
- Möller, Kurt (2018): Das Konzept "Pauschalisierende Ablehnungskonstruktionen" (PAKOs) und die KISSEs-Strategie - Theoretische Grundlagen, empirische Befunde und zentrale Schlussfolgerungen. In: Möller, Kurt/Neuscheler, Florian [Hrsg.]: „Wer will die hier schon haben?“ Ablehnungshaltungen und Diskriminierung in Deutschland. Kohlhammer: Wiesbaden, S. 91-110.
- Nolde, Kai (2017): „Die kann ich nicht ab!“ Ablehnung, Diskriminierung und Gewalt in der Post-Migrationsgesellschaft. Online: <https://www.ufuq.de/die-kann-ich-nicht-ab/> [27.11.2018].
- Pfeiffer, Christian/Baier, Dirk/Kliem, Sören (2018): Zur Entwicklung der Gewalt in Deutschland. Schwerpunkte: Jugendliche und Flüchtlinge als Täter und Opfer. Online: <https://www.zhaw.ch/storage/shared/sozialarbeit/News/gutachten-entwicklung-gewalt-deutschland.pdf> [26.11.2018].
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela (2016): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Dietz: Berlin.